

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Neue Streitkräftestruktur bis Mitte des Jahrzehnts

„Das souveräne und vereinigte Deutschland muß künftig seinen angemessenen Beitrag auch mit militärischen Mitteln zur Erhaltung und, wenn nötig, zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der Welt leisten.“

Mit diesen Worten hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf der 30. Konferenz für Sicherheitspolitik am 6. Februar in München das neue Aufgabenspektrum der Streitkräfte beschrieben, das neben die traditionelle Schutzaufgabe getreten ist.

Dabei sei die eingeleitete Reduzierung und Umstrukturierung der Bundeswehr auf einen Umfang von 370.000 Soldaten und der Aufbau unserer Streitkräfte in den neuen Bundesländern eine gewaltige Herausforderung, die bis Mitte dieses Jahrzehnts zu einer neuen Streitkräftestruktur führen werde.

In diesem Zusammenhang hat der Bundeskanzler den Bundesverteidigungsminister beauftragt, schon jetzt zu untersuchen, wie wir unter Beibehaltung des eingeschlagenen Kurses bis zu diesem Zeitpunkt eine bündnisfähige, einsatzbereite und modern ausgerüstete Bundeswehr erhalten und weiterentwickeln können.

Helmut Kohl: Dies schließt eine Prüfung des künftigen personellen Umfangs unserer Streitkräfte im militärischen und im zivilen Bereich ein. ■

HEUTE AKTUELL

● Extremismus

Generalsekretär Peter Hintze: Gegen Gewalt und Menschenverachtung in rechten Songs und Magazinen. Seite 5

● Umweltschutz

Kabinett beschließt Novelle zum Abwasserabgabengesetz. Seite 8

● Wohnungsbau

Investitionserleichterungsgesetz: Wohnbauland soll in Zukunft schneller zur Verfügung stehen. Seite 10

● Europa

Zehn handfeste Vorteile für den Bürger durch den Binnenmarkt. Seite 12

● Gesundheitsreform

Seehofer und Krankenkassen einig: Arzneimittelbudget erfolgreich. Seite 19

● Dokumentation

Die Sicherheitsinteressen Deutschlands. Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der 30. Konferenz zur Sicherheitspolitik in München am 6. Februar. Grüner Teil

Senkung der Leitzinsen

Ein ermutigendes Zeichen für die Stärkung der Wachstumskräfte

Zur Entscheidung der Deutschen Bundesbank, die Leitzinsen zu senken, und zum Tarifkompromiß im öffentlichen Dienst erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Tarifvereinbarung für den öffentlichen Dienst setzt ein richtiges Zeichen. Sie ermöglicht einen weitgehenden Inflationsausgleich für die Beschäftigten und schützt zugleich die öffentlichen Haushalte vor Überforderung. Gleichzeitig ist die Senkung der Leitzinsen ein ermutigendes Zeichen für die Stärkung der Wachstumskräfte in Deutschland. Die CDU erwartet von Sparkassen und Banken, daß sie die erneute Senkung der Leitzinsen an die Kreditkunden weitergeben.

Die CDU begrüßt, daß der Solidarpakt mit dem Tarifabschluß und den Entscheidungen der Bundesbank weiter an Konturen gewinnt. Dies bestätigt den von der CDU eingeschlagenen Kurs, ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung aller wirtschaftspolitisch Verantwortlichen zu erarbeiten und umzusetzen.

Nachdem die Bundesregierung ihr detail-

liertes Konzept vorgelegt hat, die ersten Weichen in der Tarifpolitik richtig gestellt worden sind, die Wirtschaft verstärkt investieren wird und die Bundesbank für Zinssenkungsspielräume gesorgt hat, ist es nun an der Zeit, daß die SPD ihren Beitrag zum Solidarpakt nicht länger verweigert.

Es ist bereits heute so, daß die Sozialdemokraten wieder einmal die letzten im Lande sind, die begreifen, worum es geht.

Insbesondere erwarte ich von der SPD, daß sie sich angesichts der gewaltigen Zukunftsaufgaben nicht länger den Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschließt. Die von der SPD angedrohte Ablehnung des Standortsicherungsgesetzes ist angesichts des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs, aber auch der weltweiten konjunkturellen Abwärtsbewegung ein Angriff auf Stabilität und Arbeitsplätze in unserem Land. Ich fordere die SPD und ihren Vorsitzenden daher auf, endlich in den eigenen Reihen Klarheit über einen eigenen Beitrag zum Solidarpakt zu schaffen.

Gute Nachricht

Von der Leitzinssenkung ist aktuell zweierlei zu erwarten: Zum ersten nimmt sie viel Dampf aus dem Hexenkessel des Europäischen Währungssystems. Spekulanten, die sich bisher immer fest auf den hohen deutschen Zins verlassen konnten, laufen nun ein höheres Risiko.

Zum zweiten sollen billigere Zinsen die deutsche Konjunktur wieder auf Trab bringen. Unternehmer investieren in der Hoffnung auf Gewinne, und Verbraucher konsumieren bei guten Verdienstaussichten. Dieses Vertrauen in eine Zukunft mit Chancen, zumindest aber ohne Krise, ist gestärkt worden.

Kölnische Rundschau

Föderales Konsolidierungsprogramm

Der Fahrplan bleibt gültig

Die zwischen Bund und Ländern getroffene Vereinbarung, die Gespräche über das Föderale Konsolidierungsprogramm in einer Klausurtagung Mitte März fortzuführen, haben den Solidarpakt ein gutes Stück voran gebracht.

Die Länder akzeptieren die Grundarchitektur des Spar- und Konsolidierungsprogramms. Ein Aufweichen und Zerlegen des Gesamtpakets wird es nicht geben. Das Ziel der Regierung, eine für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland so entscheidende Weichenstellung nur aus einem Guß durchzuführen, hat sich durchgesetzt. Einer Mitarbeit kann sich jetzt niemand mehr verweigern.

Die neue Terminvereinbarung bedeutet keine Vertagung. Im Gegenteil: Bundesregierung und Koalitionsfraktionen halten an ihrem Fahrplan fest, über das Konsolidierungsprogramm Anfang März im Bundeskabinett zu beschließen, um dann unverzüglich die parlamentarischen Beratungen aufzunehmen.

Wir wollen keine Verzögerung und lassen uns nicht ausbremsen. Wir bleiben dabei gesprächsbereit. Wir wollen den Kompromiß am runden Tisch. Was uns in der März-Klausur an Vereinbarungen gelingt, bleibt uns im Vermittlungsausschuß als taktisches Spielchen der SPD-geführten Bundesländer erspart.

Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Unser Fahrplan schiebt nichts hinaus, er gibt aber den Ländern Zeit, ihre Positionen zu überdenken und Rhetorik durch konkretes Handeln zu ersetzen.

● In der SPD muß endlich das interne Hickhack aufhören. Was sich hier abspielt, hat mit einem Ringen um die Sache nichts zu tun. Da kochen Ministerpräsidenten ihr Süppchen und versuchen, einander auszubooten. Da schießen Wortmeldungen wie Kraut und Rüben. Kaum hat man mit der Bundesregierung zusammengessen und eine neue Gesprächsrunde vereinbart, da wird auch schon wieder nachgelegt und mit neuen Bedingungen hantiert. Diese Konfusion muß ein Ende haben und einer klaren Verhandlungsposition weichen.

● Vor allem aber sind die Länder gefordert, die durch ihren bisherigen Verweigerungskurs aufgerissene Verantwortungslücke zu schließen. Ihrer Verantwortung sind die Länder bislang nicht gerecht geworden. Tatsache ist, daß in den alten Bundesländern die Steigerungsraten der Haushalte nach wie vor üppig sind. Tatsache ist auch, daß die von den Ländern behauptete finanzielle Schiefelage im Föderalen Konsolidierungsprogramm zu ihren Lasten nicht existiert. Nach wie vor schultert der Bund die größten Brocken.

Unter Einschluß unserer Konsolidierungsvorschläge wird die Neuverschuldung an den jeweiligen Ausgaben 1995 beim Bund 11,4 Prozent, bei den westdeutschen Ländern und Gemeinden aber nur 6,3 Prozent und bei den ostdeutschen Ländern und Gemeinden 7,6 Prozent betragen.

Von den Bundesländern war bisher nur zu hören, was alles nicht geht. Die Länder müssen endlich sagen, was geht, vor allem auf der Ausgabenseite. Denn Sparen bleibt die wichtigste Priorität. ■

Zwischenbericht zur Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Die Bundesregierung will ungeachtet polizeilicher und prozessualer Möglichkeiten ihre Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch Aufklärung fortsetzen.

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl präsentierte dem Kabinett am 3. Februar in Bonn einen Zwischenbericht von vier Arbeitsgruppen, in denen Maßnahmen der Regierung zusammengefaßt werden.

Die Experten aus vier Ministerien (Frauen und Jugend, Arbeit, Innen und Justiz) kommen bei ihrer Analyse zu dem Ergebnis, daß der Radikalisierung nicht allein mit kurzfristigen Erziehungsprogrammen oder von der Jugendpolitik und Jugendhilfe begegnet werden kann. Die Lebensbedingungen und Perspektiven für junge Menschen seien zu verbessern.

Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß auch die Massenmedien durch Fälle von Gewaltdarstellungen oder durch den Grad der Aufmerksamkeit, den sie gewalttätigen Gruppierungen schenken, Mitverantwortung tragen.

Die entsprechenden Stellen der Regierung entwickeln gegenwärtig eine Öffentlichkeitskampagne, in der exemplarische Fälle gutnachbarlichen Zusammenlebens

deutscher und ausländischer Familien aufgezeigt sind.

Für die Schulen werden in der Bund-Länder-Kommission Konzepte entwickelt, wie Lehrer mit ihren Schülern friedliche Konfliktbewältigung einüben und Verständnis für andere Kulturen wecken können. Dabei geht es um den aktiven Einsatz von Toleranz und Demokratie.

Vorbeugung verbessern

Die Integrationsförderung ist nach Meinung der Regierung ein wichtiges Instrument zur Verbesserung des Zusammenlebens und zur Vorbeugung gegen Gewalt. Dabei geht es vor allem um die Integration ausländischer Frauen, die Verbesserung der Deutschkenntnisse von ausländischen Mitbürgern und Sozialberatung. Trotz allem will die Regierung alle präventiven und repressiven Maßnahmen der Polizei verstärken und verbessern.

Die Analyse kommt zu dem Schluß, daß eine zentrale Steuerung fremdenfeindlicher Gewalttaten bisher nicht festzustellen ist. Erinnert wird daran, daß drei rechtsgerichtete Organisationen auf Bundesesebene und eine auf Länderebene (Niedersachsen) verboten wurden.

Saar-Haushalt zum fünften Mal verfassungswidrig

Die finanzielle Lage des hochverschuldeten Saarlandes hat sich trotz Sparbemühungen der Landesregierung und Hilfen des Bundes weiter verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 1992. Darin heißt es, selbst die SPD-Regierung von Ministerpräsident Lafontaine könne „die Unterdeckung der laufenden Ausgaben nur noch als verfassungswidrig bezeichnen“. Die Saar-Haushalte 1988 bis 1991 hatte der Rechnungshof bereits viermal hintereinander als verfassungswidrig bezeichnet.

Generalsekretär Peter Hintze:

Gegen Gewalt und Menschenverachtung in rechten Songs und Magazinen

Anläßlich der Vorstellung der neuen CDU-Dokumentation „Rechts-Rock und Skin-Magazine — eine Dokumentation gegen Gewalt und Menschenverachtung“ am 5. Februar erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

1993 muß das Jahr der Überwindung des Rechtsextremismus in Deutschland werden, der 1992 mit über 2.000 Gewalttaten sein wahres Gesicht gezeigt hat. Diese Auseinandersetzung dürfen wir nicht nur Polizei und Justiz überlassen, sie muß von der ganzen Öffentlichkeit getragen werden. Zivilcourage und Wachsamkeit sind hier von jedem Bürger gefordert; die CDU hat deshalb ihre neue Wandzeitung unter das Thema gestellt: Wir stehen zusammen gegen Haß und Gewalt.

Mit der „Republikaner-Studie“ haben wir im vergangenen Jahr den parteipolitischen Arm der rechtsradikalen Szene analysiert. Mit unserer heute vorzustellenden Dokumentation beleuchten wir den offen gewalttätigen Teil der rechtsradikalen Szene.

In den letzten Monaten hat sich — von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen — eine unappetitliche Subkultur ausgebreitet, in der durch rechtsextremistische Skinhead-Bands gewaltverherrlichende und rassistische Texte offen verbreitet werden.

Gerade das Ergebnis der in dieser Woche in vielen Bundesländern gleichzeitig durchgeführten Großrazzia in der Skinhead-Szene hat gezeigt, welchen erschreckenden Umfang die Verbreitung von menschenverachtenden Songs und Schriften gefunden hat.

Es besteht die große Gefahr, daß über Liedtexte und Magazine, die bei jugendlichen großen Anklang finden, national-

Wir wollen uns gemeinsam dafür einsetzen, daß gewissenlose Geschäftemacher das geistige Klima in Deutschland nicht weiter vergiften können.

sozialistisches und vor allem ausländerfeindliches Gedankengut verbreitet wird.

Es reicht nicht aus, wenn staatliche Organe wie die Staatsanwaltschaften, der Verfassungsschutz oder die Bundesprüfstelle verstärkt gegen derartige Entwicklungen vorgehen.

Von besonderer Bedeutung erscheint mir insbesondere die Information einer breiten Öffentlichkeit, die vielfach über das wahre Ausmaß und die wirkliche Gefahr, die insbesondere unseren Jugendlichen droht, nicht im Bilde ist. ▶

Einzelexemplare dieser Dokumentation können, soweit der Vorrat reicht, in der CDU-Bundesgeschäftsstelle bezogen werden: Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Telefon (0228) 544-477.

Asyl-Lösung darf nicht durch Junktims konterkariert werden

Zu den Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel hinsichtlich eines angeblichen Junktims zwischen der Verabschiedung des Asyl-Kompromisses und den laufenden Gesprächen mit Polen und der tschechischen Republik erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Angesichts weiter steigender neuer Asylbewerberzahlen brauchen wir dringend die zügige Umsetzung des erreichten Asyl-Kompromisses.

Immer neue Bremsklötze

Während Innenminister Seitzers alle dafür notwendigen Maßnahmen eingeleitet hat, stellt der hessische Ministerpräsident Eichel immer neue Bremsklötze auf. Unsere innerstaatliche Gesetzgebung möchte Herr Eichel

von der vorherigen Zustimmung durch Polen und der tschechischen Republik abhängig machen.

Kuschen vor den Linken

Das erschwert nicht nur die zwischenstaatlichen Verhandlungen, das blockiert auch die dringend notwendige Umsetzung der Asylrechtsänderungen. Daß Ministerpräsident Eichel gerade zum Zeitpunkt des hessischen Kommunalwahlkampfes derart an den Menschen in Deutschland vorbei handelt, kann nur auf totale Realitätsresistenz oder auf ein Kuschen vor linken Ideologen, die in der hessischen SPD das Sagen haben, zurückgeführt werden.

Die Asyl-Lösung darf jedenfalls nicht durch die Behauptung eines solchen Junktims auf die lange Bank geschoben werden.

Daher legt die CDU nunmehr ihre Studie „Rechts-Rock und Skin-Magazine — Eine Dokumentation gegen Gewalt und Menschenverachtung“ vor, die in den nächsten Tagen allen Parteigliederungen zugeht. Wir wollen uns gemeinsam mit Eltern, Pädagogen, Kirchen und Jugendverbänden, den Jugendämtern und den Mitgliedern von Jugendhilfe-Ausschüssen sowie allen, denen der Schutz der Jugend vor neonazistischer und gewaltverherrlichender Infiltration ein Anliegen ist, dafür einsetzen, daß gewissenlose Geschäftemacher und extremistische Rattenfänger das geistige Klima in Deutschland nicht weiter vergiften können.

Bei der Erstellung der Studie haben wir auf die Recherchen von Roland Sauer zurückgreifen können, der im Bereich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diesen Themenbereich bearbeitet.

Die üble Saat erkennen

Mit unserer Dokumentation wollen wir auch erreichen, daß junge Menschen, die oft mehr von der Lust an der Provokation als von den rechtsextremistischen Inhalten derartiger Stücke angezogen werden, erkennen können, welche üble Saat in diesen aggressiven Songs und Magazinen gesät wird.

Asylbewerberzahlen Januar 1993

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Januar 1993 36 279 Asylbewerber (Vormonat: 31 638) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Rumänien:	7 820 (Vormonat: 6 359)
ehem. Jugoslaw.:	6 563 (Vormonat: 5 766)
Bulgarien:	4 733 (Vormonat: 4 407)
Türkei:	2 194 (Vormonat: 2 370)
Vietnam:	1 784 (Vormonat: 1 204)
ehem. UdSSR:	1 758 (Vormonat: 1 338)
Algerien:	1 588 (Vormonat: 1 052)
China:	951 (Vormonat: 456)
Albanien:	635 (Vormonat: 612)
Afghanistan:	606 (Vormonat: 412)

Gegenüber Dezember 1992 sind die neuesten Asylzahlen damit um 14,7 Prozent gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat (Januar 1992: 31 021 Asylbewerber) bedeutet dies eine Steigerung um 17 Prozent. Bei diesem Vergleich ist besonders auffällig der Anstieg bei den Rumänen und Bulgaren und der deutliche Rückgang der Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Januar 1992:

Rumänien:	3 077 (+ 154 Prozent)
Bulgarien:	1 151 (+ 311 Prozent)
ehem. Jugoslaw.:	12 573 (- 48 Prozent)

Hervorzuheben ist auch der Anstieg der Asylbewerber aus der ehem. Sowjetunion (Januar 1992: 630; 1992 insgesamt: 10 833).

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Januar 21 628 Asylbewerber. Das sind 59,6 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 65,7 Prozent (23 823 Personen).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen im Januar insgesamt 6 563 Asylbewerber, und zwar 89 aus Kroatien, 5 aus Slowenien und 1 340 aus Bosnien-Herzegowina sowie 5 129 (= 78,2 Prozent) aus den übrigen Landesteilen.

Im Monat Januar hat das Bundesamt über die Anträge von 27 579 Personen entschieden. Dies bedeutet eine neue Höchstzahl von Entscheidungen des Bundesamtes in einem Monat.

Anerkannt wurden 676 Personen (2,4 Prozent), abgelehnt 18 969 (68,8 Prozent), sonstwie erledigt wurden die Anträge von 7 934 Personen (28,8 Prozent).

Keine Trendumkehr

Hierzu erklärte Bundesinnenminister **Rudolf Seiters**: Bislang ist eine Trendumkehr nicht feststellbar. Die jüngsten Zahlen unterstreichen erneut die Notwendigkeit, die Asylgesetze im Deutschen Bundestag zügig zu beraten und zu verabschieden. Die Gesetzentwürfe dürfen nicht verwässert werden, sondern müssen dem Ausmaß der Asylenwicklung gerecht werden. Das gilt auch für die Listen der Drittstaaten und der verfolgungsfreien Herkunftsländer unter dem Aspekt der Zuwanderungszahlen und der Anerkennungsquoten.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat wichtige Sprecherfunktionen ihrer Arbeitsgruppen neu vergeben. **Rainer Haungs** wurde neuer wirtschaftspolitischer Sprecher, für Finanzen ist jetzt **Hansgeorg Hauser** zuständig. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe Haushalt erhielt **Adolf Roth**, und erstmals bestellte die Fraktion mit **Paul Krüger** einen treuhandpolitischen Sprecher.

Kabinett beschließt Novelle zum Abwasserabgabengesetz

Das Bundeskabinett hat am 3. Februar die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates vom 6. November 1992 zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes beschlossen. In dem von Bundesumweltminister Klaus Töpfer vorgelegten Konzept sind weitergehende Novellierungsvorschläge enthalten, die zusätzliche Anreize und Spielräume für die dringend notwendigen Investitionen im Abwasserbereich schaffen sollen.

Der Bundesrat möchte die Möglichkeiten zur Verrechnung der Abwasserabgabe um bestimmte Kanalbaumaßnahmen erweitern. Damit soll insbesondere den Gemeinden geholfen werden, die vorhandenen Mittel nach den jeweils aktuellen Prioritäten in der Abwasserentsorgung einzusetzen.

Bundesumweltminister Töpfer hält diesen Novellierungsansatz für zu eng. Das Instrument der Abwasserabgabe sollte seiner Ansicht nach umfassender den aus heutiger Sicht im Abwasserbereich vorrangig zu bestehenden Herausforderungen angepaßt werden. Nicht nur die Gemeinden bedürfen zur Bewältigung ihrer umfangreichen Sanierungsaufgaben verstärkter Hilfestellung.

Auch die Wirtschaft benötigt, wie die aktuellen Diskussionen um den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich machen, Regelungen, die unternehmerische Investitionen noch stärker als bisher honorieren.

Darüber hinaus gilt es vor allem, die Schwerpunkte unserer Anstrengungen im Gewässerschutz auf die neuen Bundesländer zu konzentrieren, wo der Sanie-

rungsbedarf und damit auch die durch entsprechende Investitionen erreichbare Umweltentlastung am größten ist.

Die Bundesregierung hat deshalb am 3. Februar auf Vorschlag Töpfers ein Novellierungskonzept verabschiedet, das auch und gerade solidarische Hilfe für die neuen Länder praktizieren will. Dieses Konzept besteht aus folgenden Eckpunkten:

- Die Regelungen über den pro Schadeinheit zu zahlenden Abgabesatz werden korrigiert und vereinfacht:
- ▶ Der seit Anfang dieses Jahres gültige Abgabesatz von 60 DM wird nur noch einmal erhöht, und zwar auf 70 Mark ab 1997.
- ▶ Die komplizierte Regelung über den gestaffelten Abgabesatz entfällt, die

Klaus Töpfer: Mit diesem Konzept stellen wir die Weichen für die Abwasserentsorgung der nächsten Jahre.

Ermäßigung beträgt einheitlich 75 Prozent bis 1998 und 50 Prozent ab 1999.

- Die 20prozentige-Minderungsrate als Voraussetzung für die Verrechnungsfähigkeit von Investitionen in Abwasserbehandlungsmaßnahmen wird nicht mehr auf das Gesamtabwasser, sondern auf den zu behandelnden Abwasserstrom bezogen. Damit honoriert der Gesetzgeber bereits kleinere, umweltpolitisch besonders begrüßenswerte Investitionen in innerbetriebliche Vermeidungsmaßnahmen.
- Die Bundesregierung schließt sich im

Grundsatz der vom Bundesrat vorgeschlagenen Erweiterung der Verrechnungsmöglichkeit um bestimmte Kanalbauinvestitionen an, hält hier aber eine Befristung bis zum Jahr 2000 für notwendig, um die Abwasserabgabe dann wieder voll für die Weiterentwicklung von Emissionsminderungstechniken einzusetzen.

● Die Abwasserabgabe darf bis zum Jahr 2005 auch gegen Investitionen zur Sanierung anderer Einleitungen verrechnet werden, wenn diese im Beitrittsgebiet liegen. Damit spricht sich die Bundesregierung für die von Bundesumweltminister Töpfer schon seit längerem befürwortete abgaberechtliche Kompensationsregelung aus. Jeder Einleiter kann also entscheiden, verbleibende Abgabeschulden nicht in die Staatskasse zu zahlen, sondern für den Gewässerschutz in den neuen Ländern einzusetzen.

● Die Bundesregierung regt an, ergänzend noch eine Reihe anderer Punkte in die Novellierungsdiskussion einzubeziehen. Da hier aber sehr stark die Interessen der Länder betroffen sind, soll erst in Gesprächen mit den Landesregierungen abgestimmt werden, ob und ggf. in welchem Umfang noch ein zusätzlicher Novellierungsbedarf gesehen wird.

Länder in der Pflicht

Der von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzentwurf zur Abwasserabgabe ist eine gute Grundlage für eine Umwelt-Solidaraktion zugunsten der jungen Bundesländer.

Nun stehen die alten Bundesländer in der Pflicht, dem Gesetz im Bundesrat zuzustimmen. Die neue Regelung ermöglicht vor allem, daß ein Unternehmen die Abwasserabgabe für den Gewässerschutz in Ostdeutschland einsetzt, statt sie in die Staatskasse zu zahlen.

Eine derartige „Kompensationslösung“ hatte die Bundesregierung schon 1990 vorgeschlagen. Damals fand sich dafür im Bundesrat jedoch keine Mehrheit. Heute nun müssen insbesondere die SPD-geführten Länder den Worten von der Solidarität mit den jungen Bundesländern endlich Taten folgen lassen.

Johannes Gerster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Schließlich ist es derzeit sinnvoller, mit einer Million Mark Tonnen von Schadstoffen aus der Elbe zu holen als einige Milligramm von Schadstoffen aus dem Rhein.

Einigung beim Asylverfahrensgesetz

Zum Abschluß der Gespräche der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD zum Asylverfahrensgesetz erklärten die Verhandlungsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski und Wolfgang Zeitmann:

Die Verhandlungsführer der Fraktionen sind übereingekommen, daß neben Bulgarien und Rumänien auch die Staaten Polen, die Tschechische

Republik, die Slowakische Republik sowie Ungarn sichere Herkunftsländer werden sollen.

Um eine Umgehung der Drittstaatenregelung zu verhindern, wurde klargestellt, daß der Antrag eines Bewerbers, der seinen Reiseweg über einen sicheren Drittstaat verheimlicht, als offensichtlich unbegründet behandelt wird. Sein Antrag kann damit im verkürzten Verfahren geprüft werden.

Investitionserleichterungsgesetz

Wohnbauland soll in Zukunft schneller zur Verfügung stehen

Wohnbauland wird zunehmend zu einem Engpaßfaktor für den Wohnungsbau. Im Rahmen der Beratungen um das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz, das u.a. zum Ziel hat, Verfahren zu beschleunigen, muß die Gelegenheit genutzt werden, bürokratische Hemmnisse im Genehmigungsverfahren abzubauen.

Der Wegfall des im Gesetz vorgesehenen Zustimmungserfordernisses durch die höhere Verwaltungsbehörde im Baugenehmigungsverfahren stärkt die Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden und Kreise in der Funktion der unteren Baurechtsbehörde.

Außerdem sollte die Anzeigepflicht von Bebauungsplänen, die aus dem Flächennutzungsplan entwickelt sind, entfallen. Die Genehmigungsbehörde hat bereits bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans zu den wesentlichen Fragen im Flächennutzungsplanverfahren Stellung genommen, so daß eine weitere Prüfung entbehrlich wird.

Dies trägt zu einer Entbürokratisierung und Entlastung der Kommunalverwaltungen sowie der Genehmigungsbehörden bei und erspart somit Steuergelder. Die Eigenverantwortung im kommunalen Bereich wird dadurch gestärkt.

Die wieder ins Städtebaurecht des Bundes einzuführende städtebauliche Entwicklungsmaßnahme dient der mittelfristigen Deckung eines erhöhten Bedarfs an Wohngebäuden, Arbeitsstätten und an Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen.

Dabei wird nicht nur das Ziel verfolgt, Flächen erstmalig zu entwickeln, sondern sie auch im Rahmen einer städtebaulichen Neuordnung, z.B. bei Minder- und Fehlnutzung, einer neuen Entwicklung zuzuführen.

Sie ist auch als Instrument der Umnutzung bisher militärisch genutzter Bereiche (Konversion) oder von Industrie- und Gewerbebranchen geeignet.

„Wir wollen den Städten und Gemeinden mit der Übernahme der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in das Dauerrecht des Baugesetzbuches ein Instrument an die Hand geben, das durch eine

Von Peter Götz, Bericht- ersteller der CDU/CSU- Fraktion im Bauausschuß des Deutschen Bundestages

bedarfsgerechte Ausweisung von Bauland Voraussetzungen für einen verstärkten Wohnungsbau schafft und damit zur Deckung der erheblich gestiegenen Wohnungsnachfrage beiträgt.

Mit den eingebrachten Vorschlägen wird den berechtigten Interessen der Städte und Gemeinden sowie der Grundstückseigentümer gleichermaßen Rechnung getragen und ein Mißbrauch zu Lasten der Eigentümer verhindert“, begründet der Rastatter CDU-Wohnungsbauexperte und frühere Bürgermeister einen für die Koalitionsfraktionen in die Beratungen des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen

EG-Erweiterung vom Abbau des Demokratiedefizits abhängig machen

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Österreich, Schweden und Finnland sollte zu einer gleichzeitigen weiteren Demokratisierung der Gemeinschaft führen.

Diese Ansicht vertritt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering. Deswegen, so der CDU-Europaabgeordnete, sollten die Verhandlungen über den EG-Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland, die am 1. Februar begonnen haben, von einer Konferenz begleitet werden, die die weitere Demokratisierung zum Ziel hat.

Parallel zu den Beitrittsverhandlungen mit den drei Staaten, die von der Kommission geführt werden, könnten persönliche Vertreter der zwölf Regierungschefs der Gemeinschaftsländer

Ergebnisse zum weiteren Abbau des Demokratiedefizits erarbeiten. Nach Auffassung von Hans-Gert Pöttering sind folgende Ziele vorrangig:

- völlige Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments mit dem Ministerrat bei der europäischen Gesetzgebung;
- Weiterentwicklung des Ministerrats zu einer öffentlich tagenden Staatenkammer sowie
- Recht des Europäischen Parlaments, Änderungen der EG-Verträge zuzustimmen bzw. sie abzulehnen.

Da eine EG-Erweiterung der Zustimmung des Europäischen Parlaments bedarf, sieht Pöttering gute Chancen, diese Ziele „im Interesse der Bürger Europas zu erreichen, wenn das Europäische Parlament seinen Standpunkt konsequent gegenüber den Regierungen vertritt“.

Bundestages eingebrachten Antrag zu der in letzter Zeit in die öffentliche Kritik geratenen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme.

„Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme darf jedoch nicht zur Sanierung öffentlicher Kassen herangezogen werden“, fordert Peter Götz. „Alte SPD-Forderungen nach einer totalen ‚Planungswertabschöpfung‘ bleiben in der Mottenkiste! Nur eine objektive Verkehrswertermittlung darf die Grundlage für eine Grundstücksbewertung sein. Erzielte Einnahmen der Gemeinden aus Grundstücksverkäufen sind ausschließlich zur Deckung der entwicklungsbedingten Kosten wie z.B. Planungs- und Erschlie-

Bungsaufwand, Baureifmachung von Grundstücken usw. zu verwenden, wobei die neu geordneten baureifen Bauplätze vorrangig den früheren Eigentümern anzubieten sind“, legt Götz seine Position gegenüber der Presse dar.

„Bei einer fairen partnerschaftlichen Handhabung zwischen den Gemeinden als Verfahrensträger und den betroffenen Grundstückseigentümern kann die für die Gemeinden sehr interessante Möglichkeit zu einer beschleunigten Mobilisierung von Wohnbauland beitragen“, hofft der Wohnungspolitiker aus dem Badischen auf die positiven Auswirkungen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme zur Baulandbeschaffung. ■

Zehn handfeste Vorteile für den Bürger durch den Binnenmarkt

Am 1. Januar 1993 ist nach achtjähriger Vorbereitung der größte Markt der Welt für 340 Millionen Europäer in zwölf Ländern in Kraft getreten. Der Binnenmarkt ist nicht nur eine gute Sache für Unternehmen und die europäische Wirtschaft, sondern bringt auch handfeste Vorteile für jeden einzelnen Bürger:

1. Zölle für den privaten Bedarf abgeschafft

Mit dem Beginn des Binnenmarkts am 1. Januar 1993 sind die Warenkontrollen für den privaten Bedarf innerhalb der EG völlig abgeschafft worden. Sie können nun überall in der EG Waren einkaufen und mit nach Hause bringen ohne Zoll zahlen zu müssen.

Sie können bis zu 800 Zigaretten, 90 Liter Wein, 110 Liter Bier und 10 Liter Spirituosen mit sich führen, weil dann davon ausgegangen wird, daß die Waren für Ihren persönlichen Bedarf sind.

2. Keine Autoschlangen mehr an den Grenzen

Ab dem 1. Januar 1993 sind die gewerblichen Warenkontrollen von den EG-Binnengrenzen in die Betriebe verlagert worden. Es gibt daher keine LKW-Schlangen an den EG-Binnengrenzen mehr.

Mit der geplanten Ratifizierung des Schengener Abkommens soll Mitte dieses Jahres auch auf die noch verbliebenen stichprobenartigen Personenkontrollen innerhalb der Gemeinschaft verzichtet werden (Ausnahmeländer sind Dänemark und Großbritannien).

3. Fliegen wird billiger in Europa

Ab dem 1. Januar 1993 sind die Flugpreise in Europa freigegeben. Wenn Sie Ihre Tante in Paris oder Ihren Geschäftspartner in London besuchen wollen, lohnt es sich jetzt, auf billige Angebote zu achten. Ab 200 DM können Sie nun nach England, Belgien, Holland und Dänemark fliegen, ab 300 DM nach Frankreich oder Italien und ab 400 DM nach Spanien und Griechenland. Europa zu erleben, wird jetzt erschwinglich für jedermann.

4. Fliegen geht jetzt auch schneller

Mit dem Binnenmarkt sind auch die Flugsicherungssysteme in Europa harmonisiert worden. Die Flugstrecken konnten durchschnittlich so um mehr als 10 Prozent verkürzt werden. Die erheblichen Verspätungen im Flugverkehr konnten deutlich abgebaut werden.

Eine zügigere Abfertigung von Flugreisenden bringt die Abschaffung von Kontrollen für Handgepäck und aufgegebenes Gepäck bei innergemeinschaftlichen Flügen. Es gibt lediglich noch stichprobenartige Sicherheitskontrollen.

5. Abschaffung von Devisenbeschränkungen

Noch vor wenigen Jahren gab es Devisenbeschränkungen in Frankreich und Italien, vor wenigen Tagen noch in Irland. Das gehört nun der Vergangenheit an. Sie dürfen nun so viel Geld innerhalb der EG mitnehmen oder auch überweisen, wie Sie wollen. Nur noch in Spanien, Portu-

gal und Griechenland gibt es noch zeitlich befristete Übergangsregelungen.

6. Keine Beschränkungen mehr beim Erwerb von Immobilien

Wollen Sie sich ein Häuschen im sonnigen Süden kaufen? — Kein Problem! Als EG-Bürger dürfen Sie nun ohne spezielle Erlaubnis und Begrenzung Immobilien in der EG kaufen. Nur für Dänemark gibt es noch Ausnahmeregelungen.

7. Freies Niederlassungsrecht nun auch für Rentner und Pensionäre

Das freie Niederlassungsrecht ist mit dem Binnenmarkt nun auch für Rentner und Pensionäre möglich. Einzige Einschränkung ist, daß sie nicht auf Sozialhilfe des Staates angewiesen sind, in dem der neue Wohnort liegt.

8. Nun dürfen Sie überall ein Darlehen aufnehmen

Sie wollen Ihr Ferienhäuschen im Süden besonders preisgünstig finanzieren. Nun können Sie in der EG das preisgünstigste Angebot suchen und wahrnehmen. Zum Beispiel können Sie nach London gehen und dort einen Kredit aufnehmen und sich darüber freuen, wenn das britische Pfund gegenüber der D-Mark abgewertet wird und sich damit Ihre Schuldenlast verringert.

Im Binnenmarkt können deutsche Banken ohne weitere Genehmigung Zweigniederlassungen im Ausland eröffnen. So können Sie in Zukunft an Ihrem Ferienort bei einer deutschen oder ausländischen Bank ein Konto in D-Mark halten.

9. Steuerfreies Umziehen

„Dreimal umziehen ist wie einmal abbrennen!“ Dieser Spruch gehört innerhalb der EG nun auch der Vergangenheit an. Persönliche Gegenstände können seit Jahresbeginn durch Privatpersonen steuer- und abgabenfrei beim Umzug mitgenommen werden. Dies gilt selbst für gebrauchte Autos, Wassersportfahrzeuge und Sportflugzeuge.

10. Studieren grenzenlos in Europa

Mit dem Beginn des Binnenmarktes brauchen Studenten keine Aufenthaltserlaubnis mehr im EG-Ausland. Einzige Einschränkung: Kein Sozialhilfeanspruch gegenüber dem Land, in dem der Studienort liegt. Mit der gegenseitigen Anerkennung der Diplome und der Berufsabschlüsse kann es sich nun noch mehr auszahlen, im Ausland zu studieren. Ein Student kann z. B. zwei bis drei Jahre Ausbildungszeit dadurch einsparen, indem er in England bereits nach vier Jahren sein Studium mit einem Mastertitel abschließt.

43 000 neue Mietwohnungen in Ostdeutschland durch Um- und Ausbau

In den neuen Bundesländern sind seit der Vereinigung 43 000 neue Mietwohnungen entstanden. Gleichzeitig wurden in 1,8 Millionen Wohnungen — also jeder vierten ostdeutschen Wohnung — Modernisierungen mit Hilfe von Zuschüssen des Bundes oder mit Hilfe zinsgünstiger Kredite der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgenommen. 18 470 kommunale Wohnungen sind bisher mit Fördermitteln des Bundes privatisiert worden.

1992 war es 25 Jahre her, daß Konrad Adenauer starb. Aus diesem Anlaß wurde zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine Gedenkmedaille herausgegeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Hinzu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versand-



kosten) auch in Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt bei dieser Version 50 mm. Bestellungen bitte über die Union Betriebs-GmbH oder direkt bei:

Bonner Werbe-GmbH,
Postfach 1505, Konrad-
Adenauer-Haus,
5300 Bonn 1
Telefon
(0228) 53071 13,
Telefax
(0228) 53071 18

Bürgernahe Politik – beispielhaft der Kreisverband Berlin-Treptow

Von „Politikverdrossenheit“ keine Spur — wenn Veranstaltungen gut vorbereitet und vor allem inhaltlich bürgernah gestaltet sind.

Ein Beispiel dafür gibt der Kreisverband Berlin-Treptow, der zur Diskussion über den Wissenschafts- und Technologiestandort Adlershof einlud.

Ca. 250 Bürgerinnen und Bürger fanden sich im Bunsensaal der ehemaligen Akademie der Wissenschaften ein. In einer lebhaften Diskussion wurde die Zukunft des Wissenschafts- und

Technologiestandortes mit dem Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. Manfred Erhardt erörtert.

Die Auswahl der Thematik, des Referenten, des Veranstaltungsortes sowie die Einladung über Presse und Flugblatt waren Grundlage für diese bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angekommene Veranstaltung.

Die CDU Berlin-Treptow will auch 1993 ihre Arbeit auf diesem Niveau fortsetzen.

Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern auch für Frauen erfolgreich

In der am 3. Februar vom Bundeskabinett beschlossenen Antwort auf die Große Anfrage zur Lage der Frauen in den neuen Bundesländern wird deutlich, daß nach wie vor die Erwerbstätigkeit für Frauen zentralen Stellenwert hat.

Entsprechend werden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß für die neuen Bundesländer Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik gemacht. Für das Haushaltsjahr 1992 standen mit 36 Milliarden DM Gelder in doppelter Höhe wie für die alten Länder zur Verfügung. Davon flossen allein 11 Milliarden DM in die Förderung der beruflichen Bildung.

Von den angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen haben Frauen in besonderer Weise Gebrauch gemacht. Ihr Anteil beträgt gegenwärtig über 60 Prozent, allein 1992 hat eine halbe Million Frauen an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilgenommen. Die Weiterbildungsbereitschaft von Frauen in den neuen Bundesländern ist hoch.

Dies wird ihnen auf mittlere und längere Sicht angesichts des steigenden Bedarfs an Fachkräften zugute kommen. Insbesondere der stark expandierende Dienstleistungssektor bietet für Frauen gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Der Anteil der Frauen an AB-Maßnahmen lag Ende 1992 bei 44,6 Prozent (im Vorjahr 36,7 Prozent). Die Bundesregierung geht davon aus, daß dieser Anteil gesteigert werden kann. Nach dem inzwischen geänderten Arbeitsförderungsgesetz sollen Frauen an allen Maßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen beteiligt werden.

Immer mehr Frauen sehen in einer eigenen Existenzgründung eine erfolgversprechende Alternative zu einer abhängigen Beschäftigung. Die Bundesregierung unterstützt Existenzgründungen mit umfangreichen Fördermaßnahmen (Eigenkapitalhilfe-Programm, ERP-Existenzgründungsprogramme, Ansparzuschüsse und Beratungsförderung).

Zur Stärkung der Gründungsbereitschaft sind zudem die Programme in den neuen Bundesländern für eine Übergangszeit mit besonderen Förderkonditionen aus-

Für die Frauen in den neuen Bundesländern gehört die Erwerbstätigkeit genauso unverzichtbar zu ihrer Lebensplanung wie die Familie.

gestattet. Die Bundesregierung geht davon aus, daß etwa 40 Prozent von 300.000 Existenzgründungen von Frauen vorgenommen worden sind. Dieser Anteil übertrifft den in den alten Bundesländern, der etwa bei 33 Prozent liegt.

Bundesfrauenministerin Angela Merkel:

„Für die Frauen in den neuen Bundesländern gehört die Erwerbstätigkeit genauso selbstverständlich und unverzichtbar zu ihrer Lebensplanung wie die Familie. Daran hat sich im Prozeß der Umstrukturierung der Wirtschaft nichts geändert. Ich bin deshalb froh, daß es bis Ende 1992 gelungen ist, den Anteil von Frauen an AB-Maßnahmen auf 44,6 Prozent zu erhöhen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, daß diese Beteiligung ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit entspricht.“

Lebensmittel im EG-Binnenmarkt

Der Verbraucher muß wissen, was er kauft

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU, Bernhard Sälzer, hat am 4. Februar den Beschluß „Lebensmittel im europäischen Binnenmarkt“ vorgestellt, den der Bundesfachausschuß Europapolitik auf seiner letzten Sitzung gefaßt hat:

Ein europäisches Lebensmittelrecht ist wesentlicher Bestandteil für die Verwirklichung des Binnenmarktes ab 1. Januar 1993. Der Bundesfachausschuß Europapolitik stellt in diesem Zusammenhang folgende Forderungen auf:

- Die Informationen der Verbraucher über die bestehende EG-Lebensmittelgesetzgebung und ihre Auswirkungen für die deutschen Verbraucher muß dringend intensiviert werden.
- Das gilt auch für Informationen über die Lebensmittelkontrolle und die Möglichkeiten der Verbraucher bei Beanstandungen, insbesondere über ihre Rechte bei grenzüberschreitenden Transaktionen hinsichtlich Garantien, Reparaturen, Haftung und Führung von Prozessen.
- Über die Bundesregierung im Ministerrat soll auf die EG-Kommission eingewirkt werden, die noch fehlenden Standards für Lebensmittelkontrollen schnellstmöglich zu erarbeiten, da erst durch sie ein einheitliches Kontrollniveau in den Mitgliedsländern gewährleistet wird.
- Der Verbraucher muß wissen, was er kauft. Inhalte und Zusatzstoffe von

Lebensmitteln müssen europaweit verpflichtend angegeben werden.

- Der Aufbau eines zentralen Datenpools über die Lebensmittelgesetzgebung der 12 Mitgliedsstaaten und der Europäischen Gemeinschaft in allen 9 Amtssprachen sollte unterstützt werden, als Voraussetzung für eine effektive Kontrolle der Lebensmittel in den Mitgliedsstaaten.
- Es sollte eine Statistik aufgebaut und ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

Der Wegfall der Grenzkontrollen bringt keine neue Lage, denn auch in der Vergangenheit gab es sie nur im Veterinärbereich.

über die Durchführung der Lebensmittelkontrolle an den Außengrenzen der Gemeinschaft.

Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft sind besondere Produkte, die die Gesundheit der Menschen beeinflussen können und Grundlage unserer Existenz sind. Sie stellen besondere Anforderungen an die landwirtschaftliche Produktion, die industrielle Herstellung, die Ausgangs- und Inhaltsstoffe und die Verpackung. Dies hat dazu geführt, daß in allen Mitgliedsstaaten sehr ins einzelne gehende Rechtsvorschriften zum Lebensmittelbereich entwickelt wurden, wozu auch sogenannte „Quasi-Regeln“ wie Leitsätze u.ä. zählen, die gerade im Lebensmittelbe-

JU startet Europa-Aktion:

„Wir sind das junge Europa“

Der Bundesvorstand der Jungen Union startet in diesen Tagen mit zahlreichen Materialien eine „Europa-Aktion“. Ziel sei es, einer falschen „Europaverdrossenheit“ entgegenzuwirken, so JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein.

Neben Aufklebern, Plakaten, Bleistiften und Reprovorlagen für JU-Zeitungen werden Informationen und Argumentationshilfen nicht zu kurz kommen:

Unter dem Motto „Kurs Europa“ kann man den auf dem letzten JU-Deutschlandtag verabschiedeten, europapolitischen Leittrag anfordern, ebenso die

Broschüre „Politik interessiert mich nicht“. Weiterhin gibt es ein farbiges Rahmenflugblatt.

**Die Bestelliste kann jetzt angefordert werden bei der
JU-Bundesgeschäftsstelle
Annaberger Straße 283
5300 Bonn
Telefax (02 28) 38 45 20**

WIR SIND DAS JUNGE
EUROPA
JUNGE UNION **DEUTSCHLANDS**



reich besonders zahlreich sind — mehrere tausend EG-weit.

Auch an die Lebensmittelkontrolle sind besondere Anforderungen zu stellen. Zu Recht kritisieren Rechnungshöfe die teilweise heillose Zersplitterung der Kompetenzen. In Baden-Württemberg sind beispielsweise 5 verschiedene Ministerien zuständig. Chemische und tierärztliche Untersuchungsämter sowie universitäre Hygieneinstitute teilen sich die Aufgaben. Die Folge sind getrennte Gutachten mit nicht selten unterschiedlichen Ergebnissen. Eine effiziente Zusammenfassung tut daher not.

Befürchtungen und Ängste der deutschen Verbraucher richten sich im wesentlichen darauf, daß sich nach dem Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen das Qualitäts- und Sicherheitsniveau der

auf dem deutschen Markt angebotenen Lebensmittel verschlechtert.

Hier ist klarzustellen, daß es auch in der Vergangenheit Grenzkontrollen an den Binnengrenzen nur im Veterinärbereich, d. h. bei lebenden Tieren, Fleisch, evtl. Eiern und Eiprodukten gegeben hat. Für weitergehende Kontrollen waren die Grenzübergangsstellen gar nicht ausgerüstet. Darüber hinaus findet Lebensmittelkontrolle nach wie vor und im bisherigen Umfang beim Vertrieb statt.

Diese Kontrollen werden bereits seit Juli 1992 und verbindlich ab dem 1. Januar 1993 systematisch an den Ursprungsort der Erzeugung oder Herstellung verlegt. Die Lebensmittelkontrolle insgesamt findet in Zukunft vor Ort, d. h. in Deutschland in der Zuständigkeit der Bundesländer statt. ■

Verunsicherung der Patienten durch intensive Aufklärung vermeiden

Zur Verordnungsweise von Arzneimitteln durch Ärzte erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk:

Das zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Gesundheitsstrukturgesetz hat innerhalb der breiten Bevölkerung, wie aber auch bei Ärzten und Apothekern, zu Verunsicherung und Unmut über die entsprechenden Auswirkungen im Arzneimittelbereich geführt. Das Erfordernis einer wirtschaftlichen Verordnungsweise des Arztes bedeutet keinesfalls, daß eine notwendige Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln nicht mehr gewährleistet ist. Wer das Gesetz so auslegt, der muß sich den Vorwurf der bewußten Irreführung gefallen lassen.

Nicht zu übersehen ist, daß in den vergangenen Jahren vielfach beim Verord-

nungsverhalten der Ärzte der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit völlig vernachlässigt wurde. Es wird geschätzt, daß im Januar etwa 20 bis 30 Prozent weniger Arzneimittel auf Rezept verschrieben wurden als im Vormonat. Hier gilt der Grundsatz: sparen ja — aber nicht an der falschen Stelle.

Ich gehe davon aus, daß die Verordnungspraxis im Januar auf große Unkenntnis seitens der Ärzte, aber auch der Patienten, zurückzuführen ist. Deshalb kann der sich immer weiter verstärkende Unmut nur durch allumfassende und sachdienliche Aufklärung und Information abgebaut werden.

Emotionsgeladene Schuldzuweisungen, die ihre Ursachen in einem überzogenen Anspruchsdenken haben, helfen weder dem Patienten noch den anderen Beteiligten der gesundheitlichen Betreuung.

Neu: „Gesundheit für alle“

Die Broschüre „Gesundheit für alle — Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland“, die das Bundesgesundheitsministerium herausgegeben hat, gibt einen Überblick über das Gesundheitswesen im vereinigten Deutschland.

Sie zeigt den Aufbau unseres Gesundheitswesens als Zusammenwirken einer Vielzahl von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Das Heft informiert über die Struktur des Gesundheitswesens, über den öffentlichen Gesundheitsdienst und über die Berufe im Gesundheitswesen. Es

erläutert die verschiedenen Bereiche der Gesundheitsversorgung und stellt öffentliche Maßnahmen zur Aufklärung, Vorsorge und Erziehung im Gesundheitsbereich vor.

Informationen zur Gesundheitsforschung und zu internationalen Aktivitäten runden die Broschüre ab.

Die Broschüre ist kostenlos beim Bundesministerium für Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 01 29, W-5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 9 41-0, erhältlich.

Seehofer und Krankenkassen einig: Arzneimittelbudget erfolgreich

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer und die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Spitzenverbände der Krankenkassen haben in einem Gespräch über erste Erfahrungen mit dem Gesundheitsstrukturgesetz das neu eingeführte Arzneimittelbudget als Erfolg bewertet.

Es sei gelungen, die Ärzte und ihre Organisationen, die Kassenärztlichen Vereinigungen, dazu zu bewegen, sich ernsthaft um die Beseitigung der Überversorgung im Arzneimittelbereich zu bemühen. Die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneimittel seien mit weit überhöhten Zuwachsraten von ca. 20 Milliarden Mark 1988 auf über 26 Milliarden Mark im vergangenen Jahr gestiegen.

Diese Arzneimittellawine sei bereits zu einem Umweltproblem geworden; nicht verbrauchte Arzneimittel landeten auf dem Müll. Überflüssige und unwirtschaftliche Arzneimittelverordnungen müßten deshalb vermieden werden.

Irreführend unterrichtet

Der Minister und die Verbände der Krankenkassen betonten jedoch, daß es keine Einschränkungen bei medizinisch notwendigen Arzneimitteln geben dürfe. In dieser Hinsicht wurde die Informationspolitik einiger Kassenärztlicher Vereinigungen kritisiert. Manche dieser Organisationen hätten die Ärzte irreführend über die Regelungen des Gesundheitsstrukturgesetzes unterrichtet. In Rundschreiben an die Ärzte werde fälschlicherweise der Eindruck erweckt, daß dem einzelnen Arzt nur eine bestimmte Summe pro Quartal für Arzneimittelverordnungen zur Verfügung stehe.

Es sei deshalb zu begrüßen, daß sich die Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung inzwischen um eine Klärstellung bemüht hätten.

Der Bundesgesundheitsminister und die Spitzenverbände der Krankenkassen stellen zu den im Gesundheitsstrukturgesetz getroffenen Regelungen folgendes fest:

- Ein Budget für den einzelnen Arzt sei im Gesetz nicht vorgesehen. Das Arzneimittelbudget sei eine Obergrenze für das gesamte Verordnungsvolumen aller Ärzte in den alten Ländern. Es sei abwegig, daraus einen Durchschnittswert pro Patient herauszurechnen, der nicht überschritten werden dürfe.

- Die Ärzte seien verpflichtet, medizinisch notwendige Arzneimittel auf Kassenrezept zu verordnen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Kassenärzte praktiziere dies.

- Das Budget für 1993 sei auf der Basis des bereits überhöhten Ausgabenniveaus von 1991 — über 24 Milliarden Mark — festgesetzt worden. Darin sei noch ein finanzieller Spielraum wegen der steigenden Zahl der Ärzte vorgesehen. Die Behauptung, die Ärzte müßten Einsparungen gegenüber dem Ausgabeniveau des Jahres 1991 realisieren, sei somit falsch. Allerdings müßten die Ausgaben des vergangenen Jahres, die wiederum stark gestiegen seien, in 1993 unterschritten werden. Hierzu biete sich die Verordnung kleinerer Packungen und preisgünstiger, aber qualitativ gleichwertiger Arzneimittel an. Auf offenkundig zweifelhafte Arzneimittel solle verzichtet werden. Im übrigen könne die Beratung zu gesunder Lebensführung manches Arzneimittel ersparen.

Pressekommentar

Wenig Zuversicht bei der SPD

„Das neue Jahr hat begonnen, wie das alte aufhörte: Die Probleme sind die alten geblieben.“ Diese Bestandsaufnahme von SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing in der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“ ist zwar auf die Bonner Koalition gemünzt, doch sie trifft mehr oder weniger auch auf die eigene Partei zu.

Die SPD vermittelt weiterhin nicht das Bild einer kraftvollen Alternative, die aus dem Stand in der Lage wäre, selbst das Ruder zu übernehmen. Laut jüngsten Meinungsumfragen sind rund zwei Drittel der Befragten mit dem Erscheinungsbild der Sozialdemokraten unzufrieden.

Ähnlich wie vor einem Jahr beim Hickhack um die Erhöhung der Mehrwertsteuer agiert die SPD jetzt auch auf der Suche nach einer eigenen Position beim Sozialpakt wenig überzeugend. SPD-Koordinator Oskar Lafontaine zeigt dabei keine glückliche Hand. Trotz anderslautender Beteuerungen scheint der Partei-Vize intensiver mit der Abwehr der weiter zündelnden „Rotlicht“-Affäre an der Saar als mit den dringenden Parteigeschäften befaßt zu sein.

In der Fraktion wird weiter ziemlich hemmungslos gegeneinander gekämpft und intrigiert. In der Außen- und Wirtschaftspolitik fallen die Experten mangels überzeugender Konzepte durch ständige Disharmonien auf. Häufiges Opfer von Attacken ist auch der Vorsitzende Hans-Ulrich Klose. Was immer der Fraktionschef tut, eine halbe Hun-

dertschaft der Abgeordneten ist stets dagegen. Die Motive sind dafür unterschiedlich. Einige verübeln Klose, der sich im Mai zur Wiederwahl stellen muß, immer noch, daß er sie durch die Fraktionsreform von Erbhöfen vertrieben hat. Andere verübeln Klose weiter seine Rolle beim Zustandekommen des Asylkompromisses.

Nur selten Ermutigendes für die Genossen dringt seit Monaten auch aus der Parteizentrale im Erich-Ollenhauer-Haus. Jeden Montag treffen sich dort Präsidium oder Parteivorstand. Anschließend präsentiert meist Geschäftsführer Blessing die meist wenig überraschenden Ergebnisse. Besonders den Parteivorsitzenden Björn Engholm, so ist zu hören, nervt zunehmend diese Form der „Sitzungsdemokratie“.

Auch das parteiinterne Gegrummel über Engholm hört nicht auf. Die Spitzenpopularitätswerte ihres Vormanns in der Bevölkerung beeindrucken nicht alle in der SPD. Der Vorsitzende sei einfach zu wenig in Bonn präsent, wird am häufigsten gemäkelt. Angekreidet wird ihm auch, daß er noch kein Regierungsteam auf die Beine gestellt hat. Ganz selten treten solche Kritiker offen hervor. Doch unter der Hand werden fleißig Zweifel genährt, ob Engholm die Partei 1994 aus der politischen Wüste fahren wird. Angeblich ambitionierte Nachfolgekandidaten wie Gerhard Schröder aus Niedersachsen oder Rudolf Scharping aus Rheinland-Pfalz werden bereits in Stellung gebracht.

(dpa)

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Konfuses Erscheinungsbild der SPD

Wer heute nach dem Beitrag der SPD zu einer Reihe von zukunftsentscheidenden Fragen sucht, sieht sich bitter enttäuscht. Gerade heute zeigt die SPD ihre ganze Führungsschwäche und Unzuverlässigkeit. „Die Führung entspricht nicht den Bedingungen, die an eine moderne Führung gestellt werden“, kritisiert das SPD-Präsidiumsmitglied Christoph Zöpel. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 2. 1993) Sein Hauptvorwurf lautet: „Mangelnde Professionalität.“ (Ebda.)

„Engholm und Klose sind zu soft“, wertet die SPD-Altvordere Annemarie Renger, „ihnen fehlt die nötige Kraft. Von denen reißt doch keiner die Partei mit.“ (BamS, 31. 1. 1993)

Die Kritik an der SPD-Führungsspitze aus den eigenen Reihen gipfelte in der Forderung der Jusos u. a. aus Engholms eigenem Landesverband Schleswig-Holstein nach dem Rücktritt von Engholm und Klose. (WamS, 17. 1. 1993)

Die Alternativen der SPD stellen nicht zufrieden

So stellt der sozialdemokratische Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier zu Recht das „konfuse Erscheinungsbild der SPD“ bei den Verhandlungen über den Solidarpakt fest. (Handelsblatt, 9. 2. 1993) Wedemeier weiter: „Die bisher von der SPD-Bundestagsfraktion angebotenen Alternativen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) der Bundesregierung sind nicht zufriedenstellend.“ (Ebda.)

Der von der Rotlicht-Affäre arg gebeu-

telte SPD-Verhandlungsführer Lafontaine erntete für seine Vorschläge vor der versammelten Bonner Presse nicht nur Hohn und Gelächter von den Journalisten, sondern bezog auch Prügel aus den eigenen Reihen: „Man muß (Lafontaine) klarmachen, was wir wollen, und das muß er dann auch, bitteschön, tragen“, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer Uwe Küster. (DS-Kultur, 2. 2. 1993) Auch Parteichef Engholm mußte eingestehen: „Wir haben noch nicht alles, was vor allem ökonomisch in der Zukunft nötig ist, griffbereit.“ (FR, 29. 1. 1993)

SPD-Streit um Asylkompromiß

Auch in der Asylfrage zeigt sich die SPD voller Widersprüche, die eine besorgniserregende Unberechenbarkeit der SPD offenlegen. Fraktionschef Klose hatte noch am 22. 1. 1993 erklärt: „Die SPD steht zum neuen Artikel 16a“ (Handelsblatt) und weiter ausgeführt, die SPD habe auf die Festschreibung eines formellen Junktims zwischen dem Inkrafttreten des neuen Asylparagrafen und den Verträgen mit Polen und der Tschechischen Republik verzichtet. Am 3. 2. jedoch galt dieses Wort schon nicht mehr. „Verträge mit Polen und Tschechen sind die Voraussetzung“ für die Zustimmung der SPD zum neuen Asylrecht, piffen der hessische Ministerpräsident Hans Eichel und andere den Fraktionschef wieder einmal zurück. (Frankfurter Rundschau, 3. 2. 1993)

So stellt die SPD die ihr mühsam abgerungene Geschäftsgrundlage des Asylkompromisses immer wieder in Frage. ■

Die Stasi war kein Staat im Staat

Ein riesiger, ja eigentlich nicht überschaubarer Berg von zu leistender Arbeit lag im September 1992 vor unserer Enquetekommission. Mittlerweile ist uns deutlich geworden, daß wir diese Aufgabe in der uns zur Verfügung stehenden Zeit und mit den uns gegebenen Mitteln bis Sommer 1994 nicht erfüllen können.

Bei unserer bisherigen Aufarbeitung sind wir aber zum Beispiel zu der so wichtigen Erkenntnis gelangt, daß die Staatssicherheit kein Staat im Staate innerhalb der DDR war. Sie war tatsächlich Schwert und Schild der Parteiführung, d. h. die Staatssicherheit hat einen erheblichen Teil ihrer Kraft nach innen gerichtet, zumindest ihre Aufgabe darin gesehen, die Macht der Regierenden zu erhalten. Und all diejenigen, die heute sagen, ich habe mit Offizieren der Staatssicherheit reden müssen, um Dinge verändern oder erreichen zu können, müssen sich heute fragen lassen, ob sie das tatsächlich mußten oder ob ihre eigentlichen Gesprächspartner nicht tatsächlich die Regierenden dieser DDR gewesen sind.

Die Arbeit unserer Kommission haben wir auf 6 Themenbereiche konzentriert: Sie betreffen 1. die Machtstrukturen der SED in der eigenen Partei, im Staat, in der Gesellschaft, im öffentlichen und alltäglichen Leben. 2. geht es um die Ideologie und deren Einfluß auf alle Bereiche der Gesellschaft. Im 3. Themenbereich befassen wir uns mit dem Recht und der Justiz. Die innerdeutschen Beziehungen und die internationalen Rahmenbedingungen, die Kirchen und ihr Verhältnis zur Regierung sowie die Widerstände bis hin zur Friedensbewegung und schließlich zum Ende der DDR bilden die drei weiteren Schwerpunkte.

Die Aufgabe unserer Enquetekommission ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtdeutsche Aufgabe. Wir werden dieser Aufgabe nur gerecht werden können, wenn möglichst viele der Deutschen begreifen, daß sie bei dieser Aufgabenstellung mit gefordert sind. Das können sie nicht einigen bürgerbewegten Gruppen oder der Enquetekommission des Deutschen Bundestages alleine überlassen. Es müssen möglichst viele der Menschen aus dem, was sie erlebt haben, was sie erfahren haben, Mitteilung machen oder es zumindest für sich selbst bedenken und verarbeiten.

Von Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

Darum ist es uns wichtig, unsere Arbeit in die Öffentlichkeit hineinzubringen. Um zu informieren, um anzustoßen. Darum werden wir, wie es keine andere Enquetekommission des Deutschen Bundestages bisher getan hat, insgesamt 30 öffentliche Anhörungen durchführen. Öffentlich heißt, mit Zugang für jeden, der Interesse daran hat. Wir werden etwa 90 Expertisen in den sechs Themenbereichen erstellen lassen.

Eine Frage, die uns immer wieder gestellt wird, speziell von ehemaligen DDR-Bürgern, lautet „Warum befaßt Ihr Euch eigentlich nur mit der DDR? Ist das schon wieder die Mentalität der Sieger einer Gesellschaft über die Unterlegenen? Müßte nicht so, wie über die DDR

nachgedacht wird, über die 45 Jahre in der alten Bundesrepublik Deutschland nachgedacht werden?“

Ich meine, daß die Entscheidung des Deutschen Bundestages, die ja mit überwältigender Mehrheit so beschlossen worden ist, zu Recht getroffen wurde: daß wir uns schwergewichtig mit dem beschäftigten, was innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik passierte. Natürlich fragen wir auch danach, welchen Einfluß es von außen gegeben hat. Deutlich sagen muß man allerdings, daß die Waldheimer Prozesse eben in Sachsen stattgefunden haben und nicht in Rheinland-Pfalz. Der 17. Juni in Ostberlin, in Halle, in Magdeburg und nicht in Heidelberg, Düsseldorf oder Hamburg. Die Verantwortlichen, die die Mauer gebaut haben, die die Minen gelegt haben und so weiter, die haben in Ostberlin regiert und nicht in Bonn. Deshalb ist es richtig, daß wir uns schwergewichtig mit dem beschäftigten, was in dieser „geschlossenen Gesellschaft DDR“ stattfand.

Was oft gefragt wird

Oft wird auch gefragt, ob es denn jetzt nichts Wichtigeres gebe. Ob wir nicht jetzt den Aufschwung Ost viel stärker betreiben müßten. Ob wir uns nicht Gedanken darüber machen müßten, wie mehr Geld aufgetrieben werden kann, wo gespart werden kann, wo neue Arbeitsplätze herkommen können, wie der Mittelstand gefördert werden kann etc. Dazu muß man wissen, daß nicht einmal 20 von 662 Bundestagsabgeordneten in dieser Enquetekommission beschäftigt sind. Zusätzlich zu ihrer ganz normalen Abgeordnetenarbeit.

Zudem wären wir Deutschen dumm, wir Deutschen im Osten und im Westen, wenn wir unsere Vergangenheit nicht zur

Kenntnis nehmen würden. Wir müssen sie so genau und differenziert wie nur möglich und so ehrlich wie nur möglich aufarbeiten, um unsere Lehren daraus zu ziehen. Für uns, für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder. Ein Volk, das sich weigert, aus seiner Vergangenheit, aus seiner Geschichte zu lernen, wird die gleichen Fehler immer wieder machen.

Wir stehen erst am Anfang

Uns ist klar geworden, daß es in der gegenwärtigen Gesetzgebung der neuen Bundesrepublik Deutschland Lücken und Schwächen, z. B. im Blick auf die ideelle und materielle Aufarbeitung der Opferproblematik gibt. Ich denke da zum Beispiel an Zwangsdeportierte. Oder ich denke an diejenigen, die in zwei großen Aktionen 1952 und 1961 aus dem Grenzgebiet der DDR zwangsausgliedert und woanders hingebacht worden sind. Das sind zum Teil kleine Gruppen, die in der bisherigen Gesetzgebung nicht vorkommen.

An der Stelle wird dann auch noch einmal deutlich, daß es die eigentliche Aufgabe dieser Enquetekommission ist, die Geschichte der DDR zur Kenntnis zu nehmen, politisch zu bewerten und dem Gesetzgeber, also dem Deutschen Bundestag, Vorschläge für gesetzgeberisches Handeln zu unterbreiten.

Ich hoffe, daß wir deutlich herausstreichen können, daß wir erst am Anfang der inhaltlichen Arbeit stehen und daß diese Aufarbeitung ungeheuer wichtig ist. Und daß sie von uns mit aller möglichen und notwendigen Intensität und Aufmerksamkeit betrieben und verfolgt werden muß. So sind wir in der Kommission über die Parteigrenzen hinweg einig, daß wir dem Bundestag der 13. Legislaturperiode wohl vorschlagen werden, die Arbeit dieser Enquetekommission fortzusetzen. ■

Doppelte Staatsangehörigkeit bringt Rechtsunsicherheiten

Zum aktuellen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Staatsangehörigkeitsrechts der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Der von Frau Schmalz-Jacobsen vorgestellte Entwurf geht über die im Rahmen des Asylkompromisses aller Parteien vom 6. Dezember 1992 vereinbarte Teilreform des Staatsangehörigkeitsrechts erheblich hinaus. Somit drängt sich der Eindruck auf, daß hier wieder einmal der Versuch unternommen wird, den nach langem Ringen gefundenen Asylkompromiß durch immer neue Zusatzforderungen zu belasten und auszuhöhlen.

Dem erteilt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine klare Absage, zumal die von der Ausländerbeauftragten erhobenen Forderungen nicht nur altbekannt, sondern auch abwegig sind:

- Der Vorschlag, Kindern ausländischer Eltern, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren werden oder — wenn sie im Ausland geboren worden sind — zumindest ihren Lebensmittelpunkt bei uns haben sollen, automatisch mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen, ist untragbar, weil er das Erfordernis der Integration des Ausländers und seiner Identifikation mit unserer Gesellschafts- und Staatsordnung vollkommen ignoriert. Wir halten deshalb unbedingt daran fest, daß Ausländer in jedem Fall eine bewußte und verantwortliche Entscheidung darüber treffen sollen, ob sie deutsche Staatsangehörige werden wollen oder nicht.

Die über den Asylkompromiß hinausgehenden Erleichterungen der Einbürgerung von Ausländern sind abzulehnen, die von der Ausländerbeauftragten vorgesehenen Mindestaufenthaltszeiten (8 Jahre bzw. 5 Jahre bei Asylberechtigten) nicht hinreichen, um die für einen Einbürgerungsanspruch für alle Ausländer erforderliche Integration in unsere Gesellschaft sicherzustellen.

- Das Postulat einer generellen Zulassung doppelter Staatsangehörigkeiten ist inakzeptabel, weil durch die Doppelstaatsangehörigkeit ein Widerstreit von Pflichten und Rechten gegenüber unter-

Dem von der Ausländerbeauftragten vorgestellten Entwurf eines neuen Staatsangehörigkeitsrechts erteilt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine klare Absage.

schiedlichen Staaten und Rechtsordnungen (z. B. im Hinblick auf die Wehrpflicht) entsteht, Rechtsunsicherheiten etwa im Bereich des Familien- und Erbrechts provoziert werden und ungerechtfertigte Besserstellungen von Doppelstaatlern gegenüber „einfachen“ deutschen Staatsbürgern unvermeidbar wären. Schließlich würde die Bundesrepublik Deutschland gegen internationale Vereinbarungen verstoßen, würde sie Doppelstaatsangehörigkeiten generell zulassen.

Der von der Ausländerbeauftragten vorgelegte Gesetzentwurf ist insgesamt verwerflich, weil er suggeriert, CDU und CSU

Vorsitzender des EAK Thüringen schlägt Landessektenbeauftragten vor

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen, Pfarrer Klaus-Dietrich Hofmann, schlägt die Einrichtung eines Landessektenbeauftragten für das Land Thüringen vor.

Gleichzeitig fordert er eine stärkere Aufklärung über die zahlreichen Sekten, die vor allem in den jungen Bundesländern verstärkt aktiv werden.

Gerade in einer Situation starker Orientierungslosigkeit seien vor allem junge Menschen besonders anfällig für die vermeintlichen „Heilsbringer“.

Die betroffenen Eltern und Angehörigen wären, so Pfarrer Hofmann, den Beeinflussungsstrategien der Sekten vollkommen machtlos ausgeliefert.

Auch Jugendämter und private Initiativen seien bei der Vielzahl neuer Sekten, die zudem ständig regionale Ableger unter neuem Namen bildeten, völlig überfordert. Ein Sektenbeauftragter könne hier koordinierend wirken. Zudem ließen sich gemeinsame Strategien gegen die Sekten erarbeiten. Betroffene Personen und Angehörige hätten einen kompetenten Ansprechpartner.

hätten sich notwendigen und sinnvollen Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts grundlos verweigert, so daß jetzt ein akuter Handlungsbedarf bestehe.

Das Gegenteil ist der Fall: So habe ich den Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, bereits im Mai letzten Jahres gebeten, eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts — insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der Integration hier lebender Ausländer — vorzubereiten. Seiters hat sofort gehandelt und eine Bund-/Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich dieser Aufgabe widmet. Zudem sind wesentliche Punkte der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die jetzt im Rahmen des Asylkompromisses bereits vorgezogen werden, auf meine Initiative zurückzuführen. So konnte erreicht werden, daß

● das Erfordernis der einheitlichen Staatsangehörigkeit der Familie entfallen soll;

● Ausländern, die seit 15 Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben, ein Anspruch auf Einbürgerung eingeräumt werden soll; dabei wird auf die bislang geltende Voraussetzung der Unbescholtenheit grundsätzlich verzichtet;

● Ausländer der zweiten und dritten Generation zwischen dem 17. und 23. Lebensjahr einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten sollen, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben, sich seit 8 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten und dort 6 Jahre lang eine Schule besucht haben; auch bei diesem Personenkreis wird der Grundsatz der Unbescholtenheit aufgegeben;

● auch nichteheliche Kinder deutscher Väter die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, sobald die wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist;

● die Gebühr für die Einbürgerung erheblich gesenkt wird (von 5.000 DM auf i. d. R. 500 DM, für Kinder 100 DM). ■

Agrarbericht 1993

Umfassende Bewertung bäuerlicher Leistungen ist überfällig

Kennzeichnend für die Lage der deutschen Landwirtschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1991/92 (Juli 1991 bis Juni 1992) ist außer einem verstärkten Strukturwandel eine gegenüber dem Vorjahr etwas günstigere Einkommenssituation.

Dabei haben sich die Einkommen in den einzelnen Betrieben nach Produktionsschwerpunkt, Betriebsgröße und Standort unterschiedlich entwickelt.

Bei den Einkommen zeigt sich wieder das Auf und Ab im mehrjährigen Verlauf. Der im Durchschnitt für die landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe im alten Bundesgebiet errechnete mäßige Gewinnanstieg von durchschnittlich rund vier Prozent im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1991/92, das im Juni 1992 endete, — mit 26 Prozent hatten die Veredlungsbetriebe den höchsten Gewinnanstieg, im Bereich der Dauerkulturen erreichte der Obstbau sogar ein Plus von 52 Prozent gegenüber dem Vorjahr — hebt sich immerhin positiv ab

- von dem deutlichen Einkommensrückgang (16 Prozent minus) im vorangegangenen Wirtschaftsjahr 1990/91 und
- von den vorgeschätzten unveränderten bis leicht rückläufigen Gewinnen im laufenden Wirtschaftsjahr 1992/93.

Egon Susset, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dennoch hat sich der Einkommensabstand zu anderen Wirtschaftsbereichen wieder ausgeweitet. Beim Einkommensvergleich mit ihren Kollegen in den anderen EG-Staaten nehmen die deutschen

Landwirte nach wie vor nur einen mittleren Platz ein.

In den neuen Bundesländern zeichnet sich — auch wenn es noch keine voll repräsentativen Ergebnisse gibt — eine entsprechend den Betriebsformen differenzierte Gewinnentwicklung ab. Bemerkenswert ist die günstige Gewinnsituation für Einzelunternehmen und für Personengesellschaften und die dagegen deutlich schlechtere Entwicklung der Einkommenslage der juristischen Personen (in der Regel LPG-Nachfolgebetriebe), die zudem Eigenkapitalverluste aufweisen.

Hervorzuheben ist, daß staatliche Leistungen einen beträchtlichen Einkommensbeitrag leisten. Bei den Vollerwerbs-

Einkommensabstand zu anderen Wirtschaftsbereichen wieder ausgeweitet

betrieben betrug der Anteil am einzelbetrieblichen Gewinn in den alten Bundesländern 28 Prozent und in den neuen Bundesländern sogar 70 Prozent des Gewinnes, aber auch bei Personengesellschaften und juristischen Personen knapp 50 Prozent.

Der dargelegte weitere Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung der Volkswirtschaft entspricht einer ausschließlich ökonomischen Betrachtung und spart die über die reine Agrarproduktion hinausgehenden vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft zu Unrecht aus. Eine umfassende

Termine

27. 2. Frauen-Union Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Tagung „Gewalt in den Medien“ (mit Angela Merkel), Wanzleben

27. 2. Frauen-Union Brandenburg

Frauenstammtisch mit FU Berlin, Berlin

1. 3. EAK

21. Bonner Theologisches Gespräch, Bonn

1. 3. Frauen-Union Niedersachsen Vorstand, Hannover

1. 3. LV Rheinland-Pfalz Vorstand, Mainz

1. 3. LV Sachsen-Anhalt

Kreisvors./Geschäftsführer und geschäftsführender Vorstand und Ministerpräsident, Magdeburg

2. 3. Frauen-Union Schleswig-Holstein Vorstand, Kiel

3. 3. CDA Sachsen-Anhalt

Sonderdelegiertentag, Raum Dessau

4./5. 3. CDU Bund

Bildungspolitischer Kongreß, Wiesbaden

5. 3. LV Rheinland-Pfalz

Sportforum, Mainz

5./6. 3. Junge Union Bundesvorstand, Bonn

5./6. 3. Frauen-Union Niedersachsen Landesdelegiertentagung,

Braunschweig

5./7. 3. RCDS

Bundesdelegiertenversammlung, Königswinter

6. 3. LV Sachsen-Anhalt

Vorstand, Zerbst

6. 3. MIT Sachsen-Anhalt

Delegiertentag mit Wahlen, Magdeburg

8. 3. CDU-Präsidium

Sitzung, Bonn, 9.30 Uhr

8. 3. CDU Bund

Bundesfachausschuß Jugendpolitik, Bonn, 10.00 Uhr

8. 3. CDU-Bundesvorstand

Sitzung, Bonn, 10.30 Uhr

8. 3. CDU Bund

Bundesfachausschuß Wohnungsbau, Bonn, 11.00 Uhr

8. 3. Senioren-Union Rheinland-Pfalz

Vorstand, Mainz

8. 3. OMV

Bundesvorstand, Bonn

Bewertung der landwirtschaftlichen Leistungen ist überfällig und würde der Wirklichkeit besser gerecht. Im übrigen ist der Produktionszweig Landwirtschaft wesentlicher Teilbereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Der Agrarbericht dokumentiert auch, daß die agrarstrukturelle Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft — in West und Ost gegenläufig — beschleunigt fortschreitet. Einer Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe als Einzelunternehmen und Personengesellschaften im Osten bei gleichzeitigem Abbau der gigantischen Betriebe steht ein Rückgang

der Zahl vor allem kleinerer Betriebe im Westen und damit verbunden die Entwicklung zu größeren Betriebseinheiten gegenüber.

Für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft kommt es entscheidend darauf an, im Interesse einer vernünftigen Einkommensentwicklung die Märkte in Ordnung zu bringen und die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu steigern. Die EG-Agrarreform bietet eine Basis für die notwendige Rückführung der Produktion; der Erfolg hängt wesentlich davon ab, daß die Reformbeschlüsse in allen EG-Mitgliedstaaten wirksam umgesetzt werden. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Glücksrad wieder vorrätig



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, oder per Fax: (02 28) 544-372.

UID

5/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst des Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktionsleiter, Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Uwe Lütjens, Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjens, Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln, Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.